

# **Die Zeit – Wirtschaft : »Eine richtige Revolution«**

Die Zeit, Hamburg, Germany  
Die Zeit, Hamburg, Germany

# DIE ZEIT

38/2005

»Eine richtige Revolution«

Der Münchner Versicherungsriese Allianz wird zur Europa AG. Die Euphorie ist groß – doch hinter den Kulissen schwelt der Streit über die Mitbestimmung

Von Arne Storn

Es galt die höchste Geheimhaltungsstufe. Keiner der Aufsichtsräte der Allianz wusste im Detail, warum er nach München beordert worden war. Statt mit Firmenwagen näherten sich die Kontrolleure der Konzernzentrale per Taxi. Um nicht gesehen zu werden, stiegen sie nicht am Haupteingang in der Königinstraße 28 aus, sondern an einem der vielen Gebäude des Versicherungskonzerns im Stadtteil Schwabing. Dann ging es durch unterirdische Tunnel und Gänge zur Sitzung. Zuerst – es war Freitagabend nach Börsenschluss – wurden die Arbeitnehmervertreter informiert, dann, am Samstagvormittag, die Vertreter der Kapitaleseite. Um 16 Uhr trat der gesamte Aufsichtsrat zusammen. Mehr als zwei Stunden lang erläuterten Vorstandschef Michael Diekmann und Finanzvorstand Paul Achleitner ihre Pläne, dann, gegen 18.20 Uhr, war alles entschieden.

Es ist ein radikaler Umbau, den der Aufsichtsrat der Allianz vergangenes Wochenende abgesegnet hat. Zum einen stockt der Konzern seinen Anteil an der italienischen Tochter RAS von rund 55 Prozent auf 100 Prozent auf. Kostenpunkt: rund 5,7 Milliarden Euro. Zum anderen wird die RAS auf die Allianz verschmolzen und der gesamte Konzern zur einer europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea). Aus der Allianz AG wird die Allianz SE.

Es ist ein Schritt ins Ungewisse, gerade für die Arbeitnehmer. Hinter den Kulissen schwelt der Streit. Es geht um Formalien, um Posten – und um Macht.

Zwar hält die Allianz »aus Überzeugung«, wie es heißt – an München als Sitz des Unternehmens fest, ebenso an der Trennung von Vorstand und Aufsichtsrat und der deutschen Praxis, die Hälfte des Aufsichtsrats mit Vertretern der Arbeitnehmerseite zu besetzen. »In diesen Fragen gab es keinen Konflikt«, bestätigt ein Arbeitnehmervertreter. Unklar ist aber, wie groß der Aufsichtsrat künftig sein soll, aus welchen Ländern die Arbeitnehmervertreter kommen werden und wie groß der Schutz vor weitergehenden Änderungen in der Zukunft tatsächlich ist. Noch ist nicht ausgemacht, ob das Kontrollgremium tatsächlich, wie vom Vorstand geplant, von 20 auf 12 Mitglieder verkleinert wird und über welche Kompetenzen es künftig verfügt.

»Zu drastisch« sei die geplante Verkleinerung, heißt es bei der Gewerkschaft ver.di. Das Problem: In einer SE, wie sie in Grundzügen von der EU 2001 eingeführt wurde und seit Ende 2004 auch deutschen Unternehmen offensteht, setzt sich die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat aus Vertretern aller an der SE beteiligten Länder zusammen – und zwar entsprechend des Anteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Bei zwölf Aufsichtsratsmitgliedern gäbe es nur sechs Posten zu verteilen – den deutschen Vertretern gefällt das nicht. Ver.di-Bundesvorstand Uwe Foullong fordert neun Posten. Macht insgesamt 18 Räte. »Eine Zahl von 18 Mitgliedern stellt sicher, dass Arbeitnehmervertreter aus mehreren europäischen Ländern in den Aufsichtsrat einziehen können und zugleich die deutschen Arbeitnehmer ausreichend vertreten sind«, sagt Foullong. Schon in der Aufsichtsratssitzung am Samstag, heißt es, habe es darüber Differenzen gegeben.

Diekmann und Achleitner sollen bereits Entgegenkommen signalisiert haben. Denkbar scheint, dass bei einer Verkleinerung auf zwölf Aufsichtsräte im Gegenzug gewisse Kompetenzen aus dem Ständigen Ausschuss ins Plenum des Aufsichtsrats zurückwandern. Derzeit ist der Ständige Ausschuss – ein Gremium aus fünf Kontrolleuren – überaus mächtig: Selbst bei Übernahmen in Milliardenhöhe, so die Gepflogenheiten der

Allianz, genügt die Zustimmung dieses Gremiums; der gesamte Aufsichtsrat darf nur noch abnicken.

Dabei ist die Umwandlung der Allianz in eine SE im Grundsatz sinnvoll. »Eine Revolution« sei das, heißt es in Konzernkreisen, »aber eine richtige«. Mehr als 50 Prozent der Allianz–Erträge kommen heute aus dem Ausland. »Da ist es nur konsequent, die Organisation des Konzerns der ökonomischen Realität anzupassen«, heißt es offiziell. In den Aufsichtsräten der deutschen Sparten soll sich nichts ändern. Auch im Arbeitnehmerlager ist vielen klar, dass der oberste Aufsichtsrat, der auch über die Geschicke von Tochtergesellschaften in ganz Europa zu entscheiden hat, auf Arbeitnehmerseite nicht mehr länger nur aus deutschen Vertretern bestehen kann. Zumal auch der Vorstand internationaler wird: Künftig sind sechs Nationalitäten vertreten.

Die Umwandlung in eine SE ist indes mehr als bloße Symbolik: Sie erlaubt es, einzelne Ländergesellschaften direkt an die Konzernmutter anzudocken – das bedeutet kürzere Entscheidungswege, weniger Hierarchien, weniger Gremien. Sie erleichtert die Verlegung des Hauptsitzes und ermöglicht die Einführung lediglich eines Führungsgremiums, so wie es angelsächsische Unternehmen kennen. Und sie erleichtert unter bestimmten Umständen grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen.

Für die Allianz gibt es laut Experten schon jetzt konkrete Vorteile: Erst der Wandel zur SE erlaube eine Verschmelzung über die Grenzen hinweg, bei der die Allianz für die RAS weniger Geld hinlegen müsse, als dies bei einem klassischen Übernahmeangebot der Fall wäre – die restlichen Aktionäre hätten weniger Spielraum, sich zu verweigern und den Preis in die Höhe zu treiben. Informierten Kreisen zufolge, ist dies auch »die wesentliche Begründung« für die Umwandlung gewesen.

Heikel wird es aus Sicht der deutschen Arbeitnehmer, wenn es um die Schritte hin zur SE geht. Zum einen ist das Maß der Mitsprache der Arbeitnehmer prinzipiell Verhandlungssache – ein Novum für deutsche Konzerne. Zum anderen sind bei diesen Verhandlungen auch die ausländischen Arbeitnehmervertreter beteiligt – und die haben womöglich ganz andere Vorstellungen von Mitbestimmung. Weil über die Mitsprache mit Zweidrittelmehrheit entschieden wird, müsste das Unternehmen theoretisch nur einen Teil der Arbeitnehmer auf seine Seite ziehen.

Weil bei einem Scheitern der Verhandlungen automatisch das höchste Mitbestimmungsniveau der beteiligten Länder auf alle Unternehmensteile ausgedehnt wird, galt die SE bei deutschen Konzernen bislang als unattraktiv – sie schien das deutsche Modell zu zementieren. So wagte laut BDI bisher nur eine kleine Firma den Schritt, in der EU seien es etwa zwölf Unternehmen. »Der Schritt der Allianz ist ein echter Coup«, sagt Manuel Theisen, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität München. Der Schritt der Allianz könne eine Signalwirkung für andere deutsche Konzerne haben, heißt es bei den Industrieverbänden.

Spätestens im Sommer 2006 will die Allianz den Wandel vollzogen haben – unklar ist, ob dabei Stellen wegfallen. »Da werden wir ganz genau hingucken«, heißt es bei ver.di. Der Vorstand müsse in den nächsten Wochen konkrete Zahlen vorlegen.

Informierte Kreise erwarten auch Ärger in Bezug auf die Bildung einer neuen Holding, unter deren Dach das deutsche Versicherungsgeschäft künftig gefasst wird, sowie zweier damit verknüpfter Personalien. Beide Fragen sei nicht Thema der Aufsichtsratssitzung gewesen. Der Vorstand habe mit der Verkündung den zuständigen Gremien der einzelnen Sparten vorgegriffen. »Da wird es noch Stress geben«, sagt einer, der mit den Vorgängen vertraut ist.